

Rede  
201/2019  
Kiel, 26.09.2019

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Arbeitsbedingungen für Landärzte verbessern**

*Wir können es uns nicht erlauben, die wohnortnahe medizinische  
Versorgung zu vernachlässigen!*

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 30 - Studienplatzoffensive Medizin (Drs.  
19/1712)

Wir haben den Ärztemangel hier schon mit verschiedenem Fokus debattiert,  
die eine Einsicht bleibt dabei immer:

Unser Gesundheitswesen hat ernstzunehmende Versorgungslücken und die  
Landesregierung ist hier dringend aufgefordert, zu handeln. Sowohl auf  
lange Sicht, als auch mit Sofortmaßnahmen. Deswegen ist die Entscheidung,  
diesem Antrag zuzustimmen, bei uns in der Fraktion auch schnell gefallen.  
Wenn nun mit diesem Antrag der Bund 1.000 zusätzliche  
Medizinstudienplätze schaffen sollen, stimmen wir natürlich zu.

Aber es bleibt trotzdem so, dass es mehr als eine Schraube gibt, an der die  
Landesregierung drehen muss, wenn sie ernsthaft dem Ärztemangel  
begegnen will.

In der Antragsbegründung wird auf den Bedarf im ländlichen Raum  
hingewiesen. Und das ist ja auch vollkommen richtig. Deswegen ist auch seit  
Jahren eine SSW-Kernforderung, die medizinische Versorgung auf dem Land  
bedarfsgerecht zu sichern. Schleswig-Holstein ist nun mal ein Flächenland, da  
können wir es uns einfach nicht erlauben, die wohnortnahe medizinische  
Versorgung zu vernachlässigen. Und zwar ohne Landarztquote und Zwang,

sondern mit verbesserten Arbeitsbedingungen, Flexibilität und mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Denn es liegt nicht unbedingt an mangelnden Studienplätzen, dass wenig ausgebildete Medizinerinnen und Mediziner sich in einer Landarztpraxis sehen.

Es sind eben auch die Rahmenbedingungen, die stimmen müssen.

Und dafür muss das Land sorgen. Für Kitas und Schulen, für ein kulturelles Angebot und dafür, dass all dies mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen ist.

Nicht zuletzt wären wir dann auch wieder beim Breitbandausbau, der auch mit Blick auf die Möglichkeiten der Telemedizin weiter voranschreiten muss.

Und, das habe ich letzten Monat schon angemerkt, auch über finanzielle Anreize sollte unsere Landesregierung ernsthaft nachdenken. Was bei den Lehrkräften geht, sollte in ähnlicher Form auch für Ärztinnen und Ärzte gelten können.

Und ich sage Ihnen auch ganz ehrlich, mir sind die Forderungen der Studierenden der Medizin aus dem letzten Jahr wirklich nachdrücklich in Erinnerung geblieben. Das fängt natürlich bei der Wohnraumproblematik an, aber wird auch ganz konkret beim Praktischen Jahr deutlich. Da muss ich schon sagen, dass ich es schade finde, dass das Land hier keine gute Lösung gefunden hat. Es handelt sich beim praktischen Jahr immerhin um 48 Wochen Vollzeitarbeit nach einem fünfjährigen Studium und der Ableistung zweier Staatsexamina.

In Deutschland gibt es bei den Universitätskliniken und Lehrkrankenhäusern keine einheitlichen Vorgaben für Aufwandsentschädigungen in Praktischen Jahr. Allerdings bleibt neben dem PJ offensichtlich kaum Zeit, um auch noch einem Nebenjob zu nachzugehen.

Hierfür muss die Landesregierung aus unserer Sicht wirklich, wenn sie es nicht selbst zahlen will, eine andere Lösung finden und koordinierend zwischen UKSH, Studierenden und anderen Akteuren wirken. Für ein faires PJ und eine angemessene Aufwandsentschädigung.

Wenn wir schon bei der medizinischen Ausbildung sind, merke ich immer wieder, wie heillos erleichtert ich bin, dass 2010 der Studiengang Medizin in Lübeck trotz der schwarz-gelben Pläne nicht geschlossen worden ist. Wo stünden wir bloß jetzt, wäre die medizinische Fakultät damals tatsächlich dicht gemacht worden.

Deswegen ist es mir auch so wichtig, die herausragende Stellung unseres UKSH zu betonen. Wir müssen unsere Gesundheitsversorgung und die dazu gehörige Infrastruktur unbedingt aufrechterhalten. Natürlich bleibt das eine riesige Herausforderung. Aber es ist eine, um die man sich nicht drücken darf. Auch nicht, wenn man das Problem ein bisschen dem Bund zuschiebt.